



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 5. Sitzung, Amtsjahr 2008-2009

Mittwoch, den 4. Juni 2008, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr

Vorsitz: *Roland Stark, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin

Abwesende:

4. Juni 2008, 09:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Mustafa Atici (SP), Christian Egeler (FDP), Felix Eymann (DSP), Sebastian Frehner (SVP), Alexander Gröflin (SVP), Martin Hug (LDP), Peter Malama (FDP), Annemarie Pfeifer (EVP), Daniel Stolz (FDP).*
4. Juni 2008, 15:00 Uhr *Hermann Amstad (SP), Mustafa Atici (SP), Thomas Baerlocher (SP), Markus Benz (DSP), Baschi Dürr (FDP), Christian Egeler (FDP), Felix Eymann (DSP), Alexander Gröflin (SVP), Martin Hug (LDP), Peter Malama (FDP), Daniel Stolz (FDP).*
4. Juni 2008, 20:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Hermann Amstad (SP), Mustafa Atici (SP), Markus Benz (DSP), Claude François Beranek (LDP), Andreas Burckhardt (LDP), Christian Egeler (FDP), Rolf Jucker (FDP), Peter Malama (FDP), Erika Paneth (SP), Annemarie Pfeifer (EVP), Markus G. Ritter (FDP), Daniel Stolz (FDP), Gisela Traub (SP), Esther Weber (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|---|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung. | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte. | 3 |
| 3. | Bestätigung von Bürgeraufnahmen. | 4 |
| 4. | Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch. | 4 |
| 5. | Schreiben des Regierungsrates betreffend Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichtes vom 1. Juni 2008; Stille Wahl | 5 |
| 6. | Initiative "Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter" (Wohnschutzinitiative). | 5 |

7.	Initiative "Stopp der Vorschriftenflut ! (Initiative zur Stärkung der KMU)".	6
8.	Ratschlag Tramlinie Basel - Weil am Rhein. Beitrag an allfällige Kostenüberschreitungen beim Bau des deutschen Abschnittes.	6
9.	Ratschlag und Entwurf betreffend Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG) sowie Beantwortung dreier Anzüge.	7
10.	Ausgabenbericht betreffend Rahmenkredit für die Informatisierung des Staatsarchivs, Dritte Etappe (Informatisierung III).	9
11.	Bericht des Regierungsrates zur unformulierten Initiative "zum Schutz der Basler Herbstmesse".	9
12.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 07.0867.01 betreffend Gesetz betreffend die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt (Feuerwehrgesetz, FG).	10
15.	Neue Interpellationen.	11
13.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 07.1982.01 betreffend Wildensteinerstrasse; Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans und Entwidmung einer Fläche aus dem Verwaltungsvermögen.	13
14.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 04.0704.01 betreffend Öffentliche Gebäude; Begehbar- und Nutzbarmachung für Menschen mit einer Behinderung.	14
16.	Motionen 1 - 3.	15
17.	Anzüge 1 - 21.	17
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	25
	Anhang B: Neue Vorstösse	27

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[04.06.08 09:03:43, MGT]

Mitteilungen

Roland Stark, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Neue Interpellationen

Es sind 7 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 45, 47, 48 und 50 werden mündlich beantwortet.

Geburtstag

Helmut Hersberger (FDP) hat heute einen "ovalen" Geburtstag und spendiert heute Vormittag den Kaffee. Wir gratulieren ihm und wünschen ihm alles Gute. *[Applaus]*

Tagesordnung

Bei den beiden Volksinitiativen Trakt. 6 und 7 ist das weitere Vorgehen zu beschliessen. Die Frist von drei Wochen für den Versand der entsprechenden Schreiben konnte nicht eingehalten werden, weil der Grosse Rat erst am 14. Mai die rechtliche Zulässigkeit beschlossen hat. Diese Geschäfte sind deshalb mit Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt worden und der Rat hat das mit einer Zweidrittelmehrheit zu bestätigen.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Traktanden 6 und 7 mit Dringlichkeit zu behandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[04.06.08 09:06:00, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Bericht des Regierungsrates betreffend Änderung finanzrechtlicher Status St. Alban-Schulhaus, Sanierung Autoeinstellhalle und Rasenplatz. (SiD, 07.1454.01)
- Bericht des Regierungsrates zur ÖKK Basel/Vivao Sympany. Orientierung über das Geschäftsjahr 2007 gemäss § 46 GKV. (WSD, 08.0704.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Locher-Hoch und Konsorten betreffend Aktionsplan Biomasse (stehen lassen). (BD, 06.5041.02)
- Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Richard Widmer und Konsorten betreffend neue Rechtsform für das Kantonsspital und Andreas Burckhardt und Konsorten betreffend Verselbständigung des Kantonsspitals Basel-Stadt (stehen lassen). (GD, 03.7675.02, 99.6395.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Bruno Mazzotti und Konsorten betreffend "D'Herbschtmäss blybt" (stehen lassen). (BD, 03.7720.03)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitte Hollinger zum Thema Menschenhandel. (SiD, 08.5039.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Förderung von grossem Wohnraum (stehen lassen). (WSD, 05.8428.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Marc Flückiger und Konsorten betreffend einem kantonalen Suchtihilfegesetz (stehen lassen). (GD, 96.5141.05)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Zentrums-Maut zur verbreiterten finanziellen Abstützung von städtischen Zentrumslasten (stehen lassen). (BD, 03.7730.03)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Oswald Inglin betreffend BVB-Jugendbesuchsabonnement. (WSD, 08.5064.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Ernst Jost betreffend Traminseln Wettsteinplatz. (SiD, 08.5052.02)
- Replik zum Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Ernst Jost betreffend Traminseln Wettsteinplatz. (08.5052.03)

3. Bestätigung von Bürgeraufnahmen.

[04.06.08 09:06:18, JD, 08.0562.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 08.0562.01 insgesamt 33 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (92 Personen), unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 43 vom 7. Juni 2008 publiziert.
--

4. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch.

[04.06.08 09:07:12, BegnKo, BEG]

Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch Nr. 1679 abzuweisen und F.C. nicht zu begnadigen.

Gemäss § 20 Abs. 2 des Gesetzes über Strafvollzug und Begnadigung ist für Beschlüsse über Begnadigungen die Teilnahme von 80 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen und das Gesuch Nr. 1679 abzuweisen.

5. Schreiben des Regierungsrates betreffend Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichtes vom 1. Juni 2008; Stille Wahl

[04.06.08 09:12:53, Ratsbüro, 08.0567.01, VAL]

Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen auf das Schreiben 08.0567.01 einzutreten und die Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichtes zu validieren.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die im Kantonsblatt vom 26. April 2008 publizierte Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichtes (stille Wahl) zu validieren.

Demnach ist gewählt worden: **Heiner Wohlfart**, Dr. iur., 1956, FDP.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Initiative "Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter" (Wohnschutzinitiative).

[04.06.08 09:13:45, WSD, 08.0020.02, WVI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 08.0020.02, die Volksinitiative "Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter" (Wohnschutzinitiative) sofort dem Volk ohne Empfehlung vorzulegen.

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Fraktionsvoten

Heidi Mück (Grünes Bündnis): beantragt **Überweisung an den Regierungsrat.**

Voten: *Martin Lüchinger (SP); Emmanuel Ullmann (FDP)*

Einzelvoten

Voten: *Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis); Jürg Meyer (SP); Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis)*

Schlussvoten

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen, die Volksinitiative "Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter" (Wohnschutzinitiative) gemäss § 18 lit. a. IRG sofort den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

7. Initiative "Stopp der Vorschriftenflut ! (Initiative zur Stärkung der KMU)".

[04.06.08 09:52:15, WSD, 08.0019.02, WVI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 08.0019.02, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative "Stopp der Vorschriftenflut ! (Initiative zur Stärkung der KMU)" zu übertragen.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Volksinitiative gemäss § 18 lit. b. IRG dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

8. Ratschlag Tramlinie Basel - Weil am Rhein. Beitrag an allfällige Kostenüberschreitungen beim Bau des deutschen Abschnittes.

[04.06.08 09:52:36, UVEK, WSD, 06.1130.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 06.1130.01 einzutreten und eine Eventualverpflichtung von CHF 3'500'000 für allfällige Kostensteigerungen zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Susanna Banderet-Richner (SP); Thomas Strahm (LDP); Felix Meier (SVP); Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis); Helmut Hersberger (FDP)*

Einzelvoten

Voten: *Thomas Mall (LDP); Pius Marrer (CVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Eventualverpflichtung

Ziffer 2, Erneuerungsfonds

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die hälftige Übernahme von allfälligen Kostensteigerungen beim Bau des Abschnittes Zollamt Weil am Rhein - Friedlingen – Weil am Rhein Europaplatz der Tramlinie 8 wird eine Eventualverpflichtung von CHF 3'500'000 (Preisbasis PKI April 2007) bewilligt. Die Übernahme von Kostensteigerungen auf deutschem Gebiet durch den Kanton Basel-Stadt erfolgt subsidiär. Der Kanton springt demnach dann ein, wenn die Beiträge der Eidgenossenschaft – aufgrund von Kostensteigerungen im Rahmen der effektiv offerierten Angebote und/oder durch die Gesamtprojektleitung genehmigter Nachträge und/oder für die Funktionsfähigkeit des Projektes unbedingt notwendiger Projektänderungen – nicht ausreichen sollten, 50% der vom Bund als anrechenbar eingestuften Baukosten auf dem deutschen Abschnitt zu finanzieren.
2. Der Grosse Rat nimmt zustimmend zu Kenntnis, dass ab Inbetriebnahme der grenzüberschreitenden Tramlinie 8 für die spätere Erneuerung des deutschen Abschnittes anteilmässig zu je 50% ein Erneuerungsfonds durch den Kanton Basel-Stadt und die Stadt Weil am Rhein gespeist wird. Der Anteil des Kantons Basel Stadt liegt bei CHF 100'000 / Jahr (Preisbasis PKI 1. Januar 2012) und kann im gegenseitigen Einvernehmen mit der Stadt Weil am Rhein bis auf CHF 150'000 angehoben werden. Die Finanzierung erfolgt im Sinne einer durch die Betreiberin der Tramlinie zu bezahlenden Nutzungsentschädigung. Finanziert wird diese über die Leistungsvereinbarung des Kantons Basel-Stadt mit der BVB, als die mit dem Betrieb beauftragte Transportunternehmung.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

9. Ratschlag und Entwurf betreffend Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG) sowie Beantwortung dreier Anzüge.

[04.06.08 10:20:18, WAK, WSD, 08.0324.01 98.5986.05 07.5199.02 05.8375.03, RAT]

Der Regierungsrat und die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 08.0324.01 einzutreten und dem neuen Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Familienzulagen sowie den Teilrevisionen des Lohngesetzes und des Gerichtsorganisationsgesetzes zuzustimmen.

Voten: *Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Hans Baumgartner (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Allgemeine Bestimmungen

II. Höhe der Familienzulagen; Anpassung der Ansätze

III. Familienzulagen für Erwerbstätige

IV. Familienzulagen für Nichterwerbstätige

V. Organisation

VI. Finanzierung

VII. Vollzug, Haftung, Strafbestimmungen, Rechtspflege

VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem neugeschaffenen Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen wird gemäss Antrag des Regierungsrates und unter Berücksichtigung der vom Rat genehmigten Änderungen zugestimmt.

Der Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt (Lohngesetz) vom 18. Januar 1995 wird gemäss Antrag des Regierungsrates und unter Berücksichtigung der vom Rat genehmigten Änderungen zugestimmt.

Der Teilrevision des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 27. Juni 1895 wird gemäss Antrag des Regierungsrates und unter Berücksichtigung der vom Rat genehmigten Änderungen zugestimmt.

Diese Total- und Teilrevisionen sind zu publizieren und unterstehen dem Referendum. Sie werden nach Eintritt der Rechtskraft am 1. Januar 2009 wirksam.

Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen ist im Kantonsblatt Nr. 43 vom 7. Juni 2008 publiziert.

Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge Hans Baumgartner und Konsorten betreffend Kinderzulagen für Selbstständigerwerbende (98.5986), Mustafa Atici und Konsorten betreffend Kinderzulagen auch für Selbstständigerwerbende (07.5199) und Sibylle Schürch und Konsorten betreffend Revision Kinderzulagengesetz nach dem Modell des Kantons Basel-Landschaft (05.8375) als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Anzüge 98.5986, 07.5199 und 05.8375 als **erledigt** abzuschreiben.

10. Ausgabenbericht betreffend Rahmenkredit für die Informatisierung des Staatsarchivs, Dritte Etappe (Informatisierung III).

[04.06.08 10:35:49, FKom, WSD, 08.0524.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 08.0524.01 einzutreten und einen Kredit in der Höhe von CHF 940'000 zu bewilligen.

Voten: *Conradin Cramer, Referent der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zur Realisierung der dritten Informatisierungsetappe des Staatsarchivs wird zu Lasten der Position 803101020002 ein Kredit von CHF 940'000 (Index September 2007) zu Lasten der Rechnungen 2008 (CHF 300'000), 2009 (CHF 340'000) und 2010 (CHF 300'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Bericht des Regierungsrates zur unformulierten Initiative "zum Schutz der Basler Herbstmesse".

[04.06.08 10:42:41, SiD, 07.0720.03, SCH]

Der Regierungsrat beantragt, auf den Bericht 07.0720.03 einzutreten, die Initiative „zum Schutz der Basler Herbstmesse“ im Sinne von § 21 Abs. 2 IRG auszuformulieren und den Regierungsrat mit der Ausarbeitung einer Vorlage für die Umsetzung der Initiative zu beauftragen.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht des Regierungsrates **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig:

1. Die Initiative "zum Schutz der Basler Herbstmesse" ist im Sinne von § 21 Abs. 2 IRG auszuformulieren.
2. Der Grosse Rat beauftragt den Regierungsrat mit der Ausarbeitung einer Vorlage für die Umsetzung der Initiative.

12. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 07.0867.01 betreffend Gesetz betreffend die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt (Feuerwehrgesetz, FG).

[04.06.08 10:43:41, JSSK, SiD, 07.0867.02, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 07.0867.02 einzutreten und der Totalrevision des Feuerwehrgesetzes vom 5. Juni 1980 zuzustimmen.

Voten: *Ernst Jost, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD)*

Fraktionsvoten

Dieter Stohrer (EVP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Hans Rudolf Lüthi (DSP); Remo Gallacchi (CVP)*

Ursula Metzger Junco (SP): beantragt Rückweisung an die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Voten: *Conradin Cramer (LDP)*

Zwischenfrage

von Anita Heer (SP).

Voten: *Brigitta Gerber (Grünes Bündnis); Toni Casagrande (SVP); Helmut Hersberger (FDP)*

Zwischenfrage

von Brigitta Gerber (Grünes Bündnis).

Einzelvoten

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Ernst Jost, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter mit grossem Mehr gegen 22 Stimmen, den Ratschlag **an den Regierungsrat** zurückzuweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 44 Stimmen bei 3 Enthaltungen, den Ratschlag an den Regierungsrat **zurückzuweisen**.

Sitzungsunterbruch

12:03 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2008, 15:00 Uhr

15. Neue Interpellationen.

[04.06.08 15:03:36]

Interpellation Nr. 44 Jürg Meyer betreffend fairen Handel ohne Ausbeutung im staatlichen Beschaffungswesen des Kantons Basel-Stadt und der Gemeinden Riehen und Bettingen

[04.06.08 15:03:36, BD, 08.5171.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 45 Andrea Bollinger betreffend Spot gegen Frauenhandel an der Euro 08

[04.06.08 15:04:04, ED, 08.5173.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Andrea Bollinger (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5173 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 46 Ursula Metzger Junco P. betreffend neutrale Berichterstattung in Medienmitteilungen

[04.06.08 15:10:50, JD, 08.5174.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 47 Ruth Widmer betreffend Situation Villa Rosenau

[04.06.08 15:11:04, BD, 08.5177.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Ruth Widmer Graff (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5177 ist **erledigt**.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Roland Stark, Grossratspräsident, begrüsst auf der Tribüne eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern der AKEP, einem Schul-, Integrations- und Elternbildungsprojekt der HEKS. Er wünscht ihnen viel Vergnügen an unserem Ratsbetrieb und dankt ihnen für ihr Interesse an unserem parlamentarischen Ratsbetrieb. [Applaus]

Interpellation Nr. 48 Christoph Wydler betreffend Ausnahmegewilligungen für Nachtflüge am Euroairport

[04.06.08 15:17:55, WSD, 08.5178.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Christoph Wydler (EVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5178 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 49 Maria Berger-Coenen betreffend Umsetzung des obligatorischen Sportunterrichts an den Berufsfachschulen

[04.06.08 15:24:24, ED, 08.5179.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 50 Beatrice Alder Finzen betreffend eingeschränkten Spitex-Leistungen während der Euro 08

[04.06.08 15:24:38, GD, 08.5180.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5180 ist **erledigt**.

13. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 07.1982.01 betreffend Wildensteinerstrasse; Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans und Entwidmung einer Fläche aus dem Verwaltungsvermögen.

[04.06.08 15:27:27, BRK, BD, 07.1982.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 07.1982.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Stephan Maurer (DSP)*

Zwischenfrage

von Roland Lindner (SVP).

Voten: *Markus G. Ritter (FDP); Marcel Rünzi (CVP); Roland Engeler-Ohnemus (SP)*

Zwischenfrage

von Andreas Burckhardt (LDP).

Voten: *Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis)*

Einzelvoten

Voten: *Markus G. Ritter (FDP)*

Zwischenfrage

von Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis).

Voten: *Heinrich Ueberwasser (EVP)*

Schlussvoten

Voten: *Andreas C. Albrecht (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Zonenänderung

II. Bebauungsplan

Ziffer 1

Ziffer 2, lit. a - g

Antrag

Die DSP Fraktion beantragt folgende Ergänzung von Ziffer 2 mit einer neuen lit. h:

h. Die Gebäude müssen die Kriterien des Minergie®-Standards (Stand 1. Januar 2008) oder eines vergleichbaren Standards erfüllen.

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 59 gegen 48 Stimmen, dem Antrag der DSP Fraktion **zuzustimmen**.

Ziffer 2 des Bebauungsplans wird mit einer neuen lit. h ergänzt:

h. Die Gebäude müssen die Kriterien des Minergie®-Standards (Stand 1. Januar 2008) oder eines vergleichbaren Standards erfüllen.

III. Entwidmung

IV. Abweisung der Einsprachen

V. Publikation und Referendum mit Rechtsmittelbelehrung

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, dem bereinigten Beschluss (I. Zonenänderung, II. Bebauungsplan, III. Entwidmung, IV. Abweisung der Einsprachen und V. Publikation und Referendum mit Rechtsmittelbelehrung) zuzustimmen.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 43 vom 7. Juni 2008 publiziert.
--

14. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 04.0704.01 betreffend Öffentliche Gebäude; Begehbar- und Nutzbarmachung für Menschen mit einer Behinderung.

[04.06.08 16:16:29, BRK, BD, 04.0704.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 04.0704.02 einzutreten und einen Rahmenkredit von CHF 7'000'000 zu bewilligen.

Voten: *Andreas C. Albrecht (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Absatz 1, Rahmenkredit

Absatz 2, Berichterstattung

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Umsetzung der notwendigen Massnahmen zur Begehbar- und Nutzbarmachung der öffentlichen Gebäude mit Publikumsverkehr für Menschen mit einer Behinderung wird ein Rahmenkredit von CHF 7'000'000 (Indexstand April 2006 = 111.9 Punkte, Basis ZBI 1998) zu Lasten der Rechnung des Baudepartements, Hochbau- und Planungsamt, Hauptabteilung Hochbau (Pos. 420013026001), verteilt auf die Jahre 2008 (CHF 1'200'000), 2009 (CHF 2'000'000), 2010 (CHF 2'000'000) und 2011 (CHF 1'800'000), bewilligt.

Nach Ablauf des Kalenderjahres 2009 ist dem Grossen Rat ein Zwischenbericht zum Stand der Ausführungsarbeiten zu erstatten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

16. Motionen 1 - 3.

[04.06.08 16:19:30]

1. Motion Helmut Hersberger und Konsorten für einen trinationalen Verbund (EVTZ) für öffentlichen Verkehr in der Metropolregion Oberrhein

[04.06.08 16:19:30, 08.5122.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 08.5122 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 08.5122 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Urs Müller-Walz und Konsorten betreffend subventionierte Institutionen, Betriebe mit Leistungsvereinbarungen - Gesamtarbeitsverträge Ja

[04.06.08 16:20:27, 08.5123.01, NMO]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 08.5123 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Marcel Rünzi (CVP); Christine Locher-Hoch (FDP); Brigitte Hollinger (SP); Heidi Mück (Grünes Bündnis); Stephan Ebner (CVP); Sebastian Frehner (SVP); Annemarie Pfeifer (EVP); Andreas Burckhardt (LDP); Karin Haerberli Leugger (Grünes Bündnis); Martina Saner (SP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Greta Schindler (SP); Stephan Gassmann (CVP); Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 54 gegen 52 Stimmen, die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 08.5123 ist **erledigt**.

3. Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend die Bereitstellung von Wohnbauflächen im Baurecht für den gemeinnützigen Wohnungsbau

[04.06.08 17:12:50, 08.5124.01, NMO]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 08.5124 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis); Beatriz Greuter (SP); Felix Meier (SVP); Andreas C. Albrecht (LDP); Urs Joerg (EVP)*

Zwischenfrage

von Andreas Albrecht (LDP).

Voten: *Marcel Rünzi (CVP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Baschi Dürr (FDP)*

Zwischenfrage

von Ernst Jost (SP).

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Helmut Hersberger (FDP)*

Zwischenfrage

von Rolf Häring (Grünes Bündnis).

Voten: *Brigitta Gerber (Grünes Bündnis)*

Zwischenfrage

von Andreas Albrecht (LDP).

Der Grosse Rat beschliesst

mit 59 gegen 40 Stimmen, die Motion 08.5124 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

Ordnungsantrag zur Tagesordnung.

Christoph Wydler (EVP): beantragt, die Nachtsitzung nicht durchzuführen.

Voten: *Roland Stark, Grossratspräsident*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 47 gegen 41 Stimmen, die Nachtsitzung durchzuführen.

Sitzungsunterbruch

18:01 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2008, 20:00 Uhr

17. Anzüge 1 - 21.

[04.06.08 20:04:05]

1. Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Elterneinbezug bei der Sprachfrühförderung: Frühförderung plus

[04.06.08 20:04:05, 08.5105.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5105 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5105 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

2. Anzug Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Schutz vor Internet-Gewalt durch Jugendliche

[04.06.08 20:04:36, 08.5106.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5106 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5106 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

3. Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend "klarere Einbürgerungs-Voraussetzungen definieren"

[04.06.08 20:04:51, 08.5108.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5108 entgegenzunehmen.

Sibel Arslan (Grünes Bündnis): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Ursula Metzger Junco (SP); Helen Schai-Zigerlig (CVP); Sebastian Frehner (SVP)*

Roland Stark, Grossratspräsident: verahrt sich gegen die Ausdrucksweise von Sebastian Frehner (SVP) und stellt in Aussicht, ihm im Wiederholungsfall gemäss § 21 Abs. 1 der Geschäftsordnung das Wort zu entziehen.

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Zwischenfrage

von *Sibel Arslan (Grünes Bündnis)*.

Voten: *Greta Schindler (SP); Urs Joerg (EVP); Mehmet Turan (SP); Lukas Engelberger (CVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 53 gegen 53 Stimmen und dem Stichentscheid des Präsidenten, den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 08.5108 ist **erledigt**.

4. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Tramverbindung Erlenmatt - Kleinhüningen

[04.06.08 20:38:14, 08.5109.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5109 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5109 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

5. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Tram- und Busspur auf dem Dorenbachviadukt

[04.06.08 20:38:36, 08.5110.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5110 entgegenzunehmen.

Felix Meier (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Jörg Vitelli (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 19 Stimmen, den Anzug 08.5110 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Urs Müller-Walz und Konsorten betreffend die Johanniterbrücke als Trambrücke? Oder: Entlastung der Innerstadt via Tramverbindung Johanniterbrücke

[04.06.08 20:42:30, 08.5111.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5111 entgegenzunehmen.

Roland Lindner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 16 Stimmen, den Anzug 08.5111 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Michael Wüthrich und Konsorten für die Realisierung eines durchgehenden Veloweges zwischen Mattenstrasse und Riehenring im Zusammenhang mit dem Messeneubau

[04.06.08 20:45:00, 08.5112.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5112 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5112 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend differenzierte Statistik über die Suizide und Straftaten durch Schusswaffen

[04.06.08 20:45:20, 08.5113.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5113 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5113 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

9. Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Mensabetriebe an den Basler Schulen

[04.06.08 20:45:37, 08.5114.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5114 entgegenzunehmen.

Oswald Inglin (CVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Maria Berger-Coenen (SP); Felix Meier (SVP)*

Zwischenfrage

von Heidi Mück (Grünes Bündnis).

Voten: *Martin Hug (LDP); Roland Engeler-Ohnemus (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 29 Stimmen, den Anzug 08.5114 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Anzug Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Schaffung von Anreizen zur kindergerechten Gestaltung von Hinterhöfen und Gärten in Neu- und Altbauten

[04.06.08 21:00:37, 08.5120.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5120 entgegenzunehmen.

Bruno Jagher (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen, den Anzug 08.5120 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

11. Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Einführung von regionalen Emissionszertifikaten

[04.06.08 21:04:05, 08.5115.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5115 entgegenzunehmen.

Rolf Janz (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Rolf Stürm (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, den Anzug 08.5115 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

12. Anzug Urs Schweizer und Konsorten betreffend schnellere Intercity-Verbindungen für Basel

[04.06.08 21:07:46, 08.5116.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5116 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5116 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

13. Anzug Baschi Dürr und Konsorten betreffend Volksaktie IWB

[04.06.08 21:07:58, 08.5117.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5117 entgegenzunehmen.

Greta Schindler (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Annemarie Pfister (Grünes Bündnis)*; *Ernst Jost (SP)*; *Baschi Dürr (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 37 Stimmen, den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 08.5117 ist **erledigt**.

14. Anzug der Finanzkommission betreffend Möglichkeiten zur Kostensenkung in der unentgeltlichen Rechtspflege

[04.06.08 21:19:11, 08.5126.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5126 entgegenzunehmen.

Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Jan Goepfert (SP)*; *Conradin Cramer, Referent der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 51 gegen 49 Stimmen, den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 08.5126 ist **erledigt**.

15. Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend umweltverträgliche Bewältigung des zusätzlichen Verkehrsaufkommens im Bereich der Hoffmann-La Roche

[04.06.08 21:26:22, 08.5131.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5131 entgegenzunehmen.

Rudolf Vogel (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Stephan Gassmann (CVP)*; *Jörg Vitelli (SP)*; *Mirjam Ballmer (Grünes Bündnis)*; *Roland Engeler-Ohnemus (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 56 gegen 33 Stimmen, den Anzug 08.5131 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

16. Anzug Greta Schindler und Konsorten betreffend Personalmangel im Pflegebereich bedingt durch fehlende Ausbildungsplätze

[04.06.08 21:38:34, 08.5132.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5132 entgegenzunehmen.

Andreas Ungricht (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Greta Schindler (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen, den Anzug 08.5132 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

17. Anzug André Weissen und Konsorten betreffend Fasnacht ins Museum

[04.06.08 21:41:52, 08.5134.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5134 entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *André Weissen (CVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen, den Anzug 08.5134 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

18. Anzug Gabriele Stutz-Kilcher und Konsorten betreffend Umzonung des Geländes der alten IWB-Filteranlage an der Reservoirstrasse als Wohnzone

[04.06.08 21:47:16, 08.5135.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5135 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5135 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

19. Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Nachtflugsperrung auf dem Euro Airport

[04.06.08 21:47:51, 08.5137.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5137 entgegenzunehmen.

Stephan Gassmann (CVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Andrea Bollinger (SP); Eveline Rommerskirchen (Grünes Bündnis); Rolf Stürm (FDP); Christoph Wydler (EVP); Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 29 Stimmen, den Anzug 08.5137 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

20. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Optimierung der Busverbindungen in Riehen

[04.06.08 22:10:50, 08.5140.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5140 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5140 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

21. Anzug der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Aufwertung der Wettsteinallee im Bereich zwischen Schwörstadterstrasse und Autobahnbrücke

[04.06.08 22:11:01, 08.5142.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 08.5142 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 08.5142 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Sitzungsunterbruch

22:11 Uhr.

Replik auf eine Schriftliche Anfrage

Ernst Jost (SP) hat zur Beantwortung seiner Schriftlichen Anfrage Traminseln Wettsteinplatz (08.5052.02) gemäss § 41 AB folgende Replik zu Protokoll gegeben:

„Der Regierungsrat verkennt die Situation an der Tramhaltestelle Wettsteinplatz gründlich und entscheidend. FussgängerInnen überqueren die Strassen am Kopfende der Traminseln Richtung Wettsteinbrücke sowohl zur Theodorskirche wie auch zur Anlage hin, weil sie den Umweg über die bestehenden Fussgängerstreifen ganz offensichtlich nicht in Kauf nehmen wollen. Wer Augen hat, der sehe: dies passiert bei praktisch jeder Tramankunft. Die FussgängerInnen richten sich nicht nach den Zumutbarkeitskriterien der Planenden im SiD oder BD, sie stimmen mit den Füßen ab und widerlegen so in der Realität die regierungsrätlichen Vorstellungen. Damit ist an den in der Anfrage bezeichneten Querungsstellen ein permanentes und erhebliches Gefährdungspotential für alle Verkehrsteilnehmenden - ob zu Fuss auf dem Velo oder im Auto - vorhanden. Auf dieses Gefährdungspotential geht der Regierungsrat mit keinem Wort ein. Stattdessen beruft

er sich auf ein Gutachten der in solchen Fragen bekannt autofreundlichen bfu, das die Situation ebenfalls nur theoretisch betrachtet. Kein Wort auch davon, dass im Vorfeld der Umgestaltung des Platzes aus dem betroffenen Quartier die Forderung nach einem gesicherten Übergang an dieser Stelle mehrfach geäussert wurde.

Diese Politik stimmt nachdenklich. Zum ersten, weil sie an einem der zentralen Plätze unserer engeren Stadt fussgängerfreundlichen Lösungen mit dürren Worten jegliche Berechtigung abspricht. Und zum zweiten, weil sie Fakten negiert und Verletzte und Tote riskiert, anstatt sichere Querungsmöglichkeiten bereitzustellen.

In diesem Lichte wäre eine ernst gemeinte Lösungssuche seitens der Verantwortlichen unabhängig von der vorliegenden Antwort mehr als angezeigt."

Die nachfolgenden Geschäfte werden auf die Tagesordnung vom 25. / 26. Juni 2008 vorgetragen:

- 18. Bericht der Petitionskommission zur Petition P247 "Für den Erhalt von zehn gesunden, schönen Alleebäumen am Altrheinweg". (PetKo, 07.5395.02)
- 19. Bericht der Petitionskommission zur Petition P248 "Für eine Neugestaltung der Basler Innenstadt". (PetKo, 08.5028.02)
- 20. Bericht der Petitionskommission zur Petition P250 "Für die Beibehaltung der Koloniekisten im Sportamt". (PetKo, 08.5081.02)
- 21. Beantwortung der Interpellation Nr. 30 Sebastian Frehner betreffend Steuerbelastungen im Kanton Basel-Stadt. (FD, 08.5129.02)
- 22. Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Margrith von Felten und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Übergang zur Individualbesteuerung. (FD, 06.5097.02)
- 23. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Urs Müller und Konsorten betreffend Einführung von Open-Source (z.B. Linux) in der Kantonalen Verwaltung. (FD, 03.7754.03)
- 24. Beantwortung der Interpellation Nr. 42 Patrizia Bernasconi betreffend neue IWB Praxis. (BD, 08.5152.02)
- 25. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ruth Widmer und Konsorten betreffend Aufwertung von Hinterhöfen durch mehr Grünflächen. (BD, 06.5064.02)
- 26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Kaufmann und Konsorten betreffend Löschwasserversorgung in Basel-Stadt. (BD, 04.8094.03)
- 27. Beantwortung der Interpellation Nr. 40 Daniel Stolz betreffend neuer Cluster in Basel dank neuen Technologien wie CSS. (WSD, 08.5150.02)
- 28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend neues Integrationsmodell "Supported Employment". (WSD, 06.5078.02)
- 29. Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Maria Berger-Coenen betreffend Zulassungsbestimmungen an der Pädagogischen Hochschule der FHNW. (ED, 08.5139.02)
- 30. Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Hasan Kanber betreffend Verkehrssituation an Autobahnzollämtern bzw. neuralgischen Verkehrsknotenpunkten, insbesondere Autobahnzollamt Basel-Weil am Rhein - Auswirkungen von neuen Zollrichtlinien im internationalen Güterverkehr. (SiD, 08.5147.02)
- 31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen etc. (JD, 06.5010.02)

Basel, 4. Juni 2008

Roland Stark
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

	Komm.	Dep.	Dokument
Direkt auf die Tagesordnung kommen			
1. Schreiben des Regierungsrates betreffend Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichtes vom 1. Juni 2008; Stille Wahl <i>Antrag auf Validierung.</i>	Ratsbüro		08.0567.01
2. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 07.0867.01: Gesetz betreffend die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt (Feuerwehrgesetz, FG).	JSSK	SiD	07.0867.02
3. Bericht des Regierungsrates zur unformulierten Initiative "zum Schutz der Basler Herbstmesse".		SiD	07.0720.03
4. Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Margrith von Felten und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Übergang zur Individualbesteuerung.		FD	06.5097.02
5. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ruth Widmer und Konsorten betreffend Aufwertung von Hinterhöfen durch mehr Grünflächen.		BD	06.5064.02
6. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Kaufmann und Konsorten betreffend Löschwasserversorgung in Basel-Stadt.		BD	04.8094.03
7. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Neues Integrationsmodell "Supported Employment".		WSD	06.5078.02
8. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen etc.		JD	06.5010.02
9. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Urs Müller und Konsorten betreffend "Einführung von Open-Source (z.B. Linux) in der Kantonalen Verwaltung".		FD	03.7754.03
10. Initiative "Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter" (Wohnschutzinitiative). <i>Weiteres Vorgehen nach beschlossener Zulässigkeit (Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB der GO)</i>		WSD	08.0020.02
11. Initiative "Stopp der Vorschriftenflut ! (Initiative zur Stärkung der KMU)". <i>Weiteres Vorgehen nach beschlossener Zulässigkeit (Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB der GO)</i>		WSD	08.0019.02
Überweisung an Kommissionen			
12. Ausgabenbericht betreffend Tierpark Lange Erlen: Erneuerung des Subventionsvertrags für die Jahre 2007 bis 2011.	UVEK	BD	08.0592.01
13. Ausgabenbericht betreffend Allgemeine Bibliotheken der GGG ABG - Umstellung auf RFID-Technologie.	FKom	ED	08.0693.01
14. Bericht des Regierungsrates betreffend Genehmigung der Rechnung 2007 der Industriellen Werke Basel.	FKom	BD	08.0515.01
15. Petition P253 "Direkte öV-Verbindungen zwischen Birsfelden, Breite, Lehenmatt und dem Bahnhof Basel SBB".	PetKo		08.5169.01
An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung			
16. Planungsantrag Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Stadtentwicklung Basel-Süd			08.5170.01
17. Motion Peter Malama und Konsorten betreffend Verfahrensfristen auch für Bewilligungen gemäss Gastgewerbegesetz			08.5166.01

18. Anzüge:

a)	Sabine Suter und Konsorten betreffend durchgehend Tempo 30 in der Allmendstrasse			08.5155.01
b)	Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend "Grande Camargue Rhénane"			08.5156.01
c)	Beatriz Greuter und Konsorten betreffend Ausbildungen im Pflegebereich auf FH Niveau			08.5157.01
d)	Beat Jans und Konsorten zur Schaffung eines Konjunkturfonds			08.5158.01
e)	Jörg Vitelli und Konsorten betreffend genossenschaftlichen Wohnungsbau auf dem alten Reservoirareal Bruderholz			08.5159.01
f)	Greta Schindler und Konsorten betreffend Qualitätssicherung bei der spitalexternen Kranken- und Gesundheitspflege (Spitex)			08.5165.01
g)	Oswald Inglin und Konsorten betreffend Internationale Maturität an den Basler Gymnasien			08.5160.01
h)	Peter Howald und Konsorten betreffend Abfallbewirtschaftung im Stadion nach der Euro 08			08.5161.01
i)	Urs Müller-Walz und Konsorten betreffend gleichzeitiger Beginn und gleichzeitiges Ende der Legislaturen des Landrats und des Grossen Rats			08.5162.01
19.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Jahresbericht 2007 Öffentlicher Verkehr.	UVEK	WSD	08.5146.01
20.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.		JD	08.0700.01
21.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Einführung eines ÖV-Fonds.		FD	07.5370.02
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat Jans und Konsorten betreffend zukünftige Nutzung des Kinderspitalareals.		FD	07.5090.02

Kenntnisnahme

23.	Bericht des Regierungsrates betreffend Änderung finanzrechtlicher Status St. Alban-Schulhaus, Sanierung Autoeinstellhalle und Rasenplatz.		SiD	07.1454.01
24.	Bericht des Regierungsrates zur ÖKK Basel/Vivao Sympany. Orientierung über das Geschäftsjahr 2007 gemäss § 46 GKV.		WSD	08.0704.01
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Locher-Hoch und Konsorten betreffend Aktionsplan Biomasse (stehen lassen).		BD	06.5041.02
26.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Richard Widmer und Konsorten betreffend neue Rechtsform für das Kantonsspital und Andreas Burckhardt und Konsorten betreffend Verselbständigung des Kantonsspitals Basel-Stadt (stehen lassen).		GD	03.7675.02 99.6395.03
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Bruno Mazzotti und Konsorten betreffend "D'Herbschtmäss blybt" (stehen lassen).		BD	03.7720.03
28.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitte Hollinger zum Thema Menschenhandel.		SiD	08.5039.02
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Förderung von grossem Wohnraum (stehen lassen).		WSD	05.8428.02
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Marc Flückiger und Konsorten betreffend einem kantonalen Suchthilfegesetz (stehen lassen).		GD	96.5141.05
31.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Zentrums-Maut zur verbreiterten finanziellen Abstützung von städtischen Zentrumslasten (stehen lassen).		BD	03.7730.03
32.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Oswald Inglin betreffend BVB-Jugendbesuchsabonnement.		WSD	08.5064.02
33.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Ernst Jost betreffend Traminseln Wettsteinplatz.		SiD	08.5052.02

Anhang B: Neue Vorstösse

Planungsanzug

a) Planungsanzug "Stadtentwicklung Basel-Süd"

08.5170.01

Im Politikplan soll unter den Schwerpunkten (4.) im Punkt 4.1 neben der Stadtentwicklung Basel-Nord auch diejenige von Basel-Süd aufgenommen werden. Dabei geht es insbesondere darum, im Rahmen der Revision des kantonalen Richtplans die Vorgaben des Quartierrichtplans von 1986 endlich adäquat zu berücksichtigen.

Das Gundeldingerquartier wartet nunmehr seit Jahrzehnten auf eine Gesamtplanung und deren Umsetzung. Dem mit rund 20'000 Bewohnerinnen und Bewohnern bevölkerungsreichsten Stadtquartier ist es nicht länger zuzumuten, planungsmässig weiterhin "auf die lange Bank geschoben" zu werden.

Unter den Zielen sind nach Auffassung der Anzugstellerinnen und Anzugsteller vornehmlich aufzuführen:

- Entlastung der Längsachsen Gundeldinger-, Dornacher-, Güterstrasse
- Dreispitz: Gesamtplanung im Zusammenhang mit der Entwicklung des Gundeldingerquartiers
- Verbesserung der Anbindung des Quartiers und insbesondere des Areals Dreispitz an den öffentlichen Verkehr
- Verbesserung der Grün- und Freifächensituation.

Um diesen Zielen Nachachtung zu verschaffen, beauftragen die Anzugstellerinnen und Anzugsteller den Regierungsrat, den Schwerpunkt Basel-Süd in den Politikplan aufzunehmen.

Sibylle Benz Hübner, Ernst Jost, Jörg Vitelli, Christian Egeler, Stephan Maurer, Patrick Hafner, Christine Heuss, Oswald Inglin, Mustafa Atici, Jan Goepfert, Heiner Vischer, Michael Wüthrich, Urs Müller-Walz

Motion

a) Motion betreffend Verfahrensfristen auch für Bewilligungen gemäss Gastgewerbegesetz

08.5166.01

Für die Führung eines Gastgewerbebetriebes ist gemäss Gastgewerbegesetz eine Bewilligung erforderlich. Auch in verschiedenen anderen Fällen lässt das Gastgewerbegesetz das Führen eines wirtschaftlichen Betriebes nur gegen Bewilligung zu. Dies betrifft namentlich auch die sogenannten Gelegenheits- und Festwirtschaften. Gemäss der gesetzgeberischen Absicht ist die Bewilligung einzuholen, bevor mit der zu bewilligenden Tätigkeit begonnen werden darf. Wer heute ein Gesuch für eine Betriebsbewilligung einreicht, kann aufgrund der bestehenden gesetzlichen Regelung keine verlässliche Prognose über die Dauer des Bewilligungsverfahrens machen. Diese Rechtsunsicherheit kann auf einfache Weise beseitigt werden. Analog zur Regelung für das Baubewilligungsverfahren, bei der im Bau- und Planungsgesetz Fristen für das Bewilligungsverfahren vorgeschrieben sind, kann auch im Gastgewerbegesetz eine Vorgabe für die maximale Bewilligungsdauer gemacht werden. Da es sich beim Bewilligungsverfahren gemäss Gastgewerbegesetz um ein einfaches Verfahren handelt, und ausser den persönlichen Verhältnissen des Gesuchstellers keine weiteren Voraussetzungen zu prüfen sind, sollte es ohne weiteres möglich sein, die Bewilligungsverfahren für die Erlangung einer Betriebsbewilligung innerhalb eines Monats abzuschliessen. Das Gastgewerbegesetz ist deshalb mit einer entsprechenden Vorschrift zu ergänzen.

Damit eine Koordination des Verfahrens gemäss dem Gastgewerbegesetz mit anderen Verfahren, namentlich dem Baubewilligungsverfahren, möglich ist, muss die zukünftige Regelung im Gastgewerbegesetz Rücksicht auf gesetzliche Fristen nehmen, die in einem anderen Erlass vorgesehen sind. Wo eine Verfahrenskoordination erfolgt und ein anderes Verfahren als das Bewilligungsverfahren gemäss Gastgewerbegesetz als Leitverfahren bezeichnet wird, sollen die Fristen dieses Leitverfahrens auch für das Verfahren gemäss Gastgewerbegesetz gelten.

Die Unterzeichneten fordern den Regierungsrat auf, im Sinne dieser Ausführungen das Gastgewerbegesetz mit einer Regelung bezüglich Verfahrensfristen zu ergänzen. Aufgrund der offenen Formulierung dieser Motion ist der Regierungsrat aufgefordert, eine dem Sinn und Zweck der vorliegenden Motion entsprechende, rechtlich einwandfreie gesetzliche Regelung vorzuschlagen.

Peter Malama, Roland Lindner, Markus G. Ritter, Ernst Mutschler, Lukas Engelberger, Tino Krattiger, Christophe Haller, Gabriele Stutz-Kilcher, Mirjam Ballmer, Daniel Stolz

Anzüge

a) Anzug betreffend durchgehend Tempo 30 in der Allmendstrasse

08.5155.01

Wer heute durch die gesamte Allmendstrasse fahren will, ist von einem zweimaligen Tempowechsel betroffen. Zu Beginn von beiden Seiten ist Tempo 50 signalisiert und im mittleren Teil Tempo 40. Wer bei der Durchfahrt der Allmendstrasse in eine Querstrasse abbiegt, ist in der Tempo 30 Zone. Diese zugelassenen Höchstgeschwindigkeiten sind verwirrend, für den motorisierten Verkehrsteilnehmer schlecht wahrnehmbar und sie verursachen einen unnötigen Schilderwald. Wenn jemand vom Rheinacker in Richtung Bäumlhofstrasse fährt, dann ist im Rheinacker Tempo 30 erlaubt, beim Einbiegen in die Allmendstrasse wird die Tempo 30 Zone aufgehoben zugunsten Tempo 50 bis nach der Bahnüberführung, wo dann Tempo 40 signalisiert ist. In der Bäumlhofstrasse kommt wieder Tempo 50 zur Anwendung. Alle diese Tempowechsel finden auf ca. 500 m Fahrstrecke statt!

Die Allmendstrasse ist ein Teil des Schulweges für viele Schüler. Sie ist eine offizielle Veloroute und ein wichtiger Velo-Schulweg ins Bäumlhof-Gymnasium und Drei-Linden-Schulhaus.

Zusätzlich befinden sich an der Allmendstrasse einige Institutionen:

- Die Kirche St. Michael mit dem Allmendhaus, welches den Quartiertreffpunkt Elch mit Kinderbetreuung und eine Mütterberatung beherbergt
- Das St. Elisabethenheim, ein Alters- und Pflegeheim
- Ein Robispielplatz
- In unmittelbarer Nähe zur Allmendstrasse befindet sich der Quartiertreffpunkt Hirzbrunnen mit Spielgruppe und Kinderbetreuung.

Weil die Temposignalisationen in der Allmendstrasse verwirrend sind und sich viele schwächere Verkehrsteilnehmer in dieser Strasse bewegen, ist ein Einbezug in die Tempo 30 Zone angebracht. Durch die in den letzten Jahren realisierten baulichen Massnahmen hat das Verkehrsaufkommen in der Allmendstrasse abgenommen. Sie wird seltener als Verbindungsstrasse genutzt.

Aus diesem Grund bitten die Anzugsteller die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob die Allmendstrasse in die Tempo 30 Zone integriert werden kann.

Sabine Suter, Jörg Vitelli, Roland Engeler-Ohnemus, Michael Martig, Guido Vogel, Brigitte Strondl, Andrea Bollinger, Urs Joerg, Hansrudolf Lüthi, Helen Schai-Zigerlig, Stephan Ebner, Patrizia Bernasconi, Ruth Widmer, Michael Wüthrich, Remo Gallacchi, Stephan Maurer, Christine Locher-Hoch, Gülsen Oeztürk, Esther Weber Lehner, Martin Lüchinger, Hans Baumgartner, Franziska Reinhard, Heidi Mück

b) Anzug betreffend "Grande Camargue Rhénane"

08.5156.01

Die „Petite Camargue Alsacienne“ ist eines der wichtigsten grossen Naherholungsgebiete in der Agglomeration Basel. Letztes Jahr wurde das Naturschutzgebiet des französischen Staates auf rund 10 km² vergrössert und damit sehr wertvolle Fläche für Menschen, Pflanzen und Tiere zur Verfügung gestellt.

Damit Basel als Zentrum der Trinationalen Agglomeration eine attraktive Stadt zum Wohnen bleibt, muss den BewohnerInnen genügend Freiraum zur Erholung zur Verfügung stehen. Die ursprüngliche Rheinaue ist dafür bestens geeignet. Verschiedene Bäche, Auenwälder, Schilfplätze und Altwasserarme des Rheins stellen ein grosses Potential für ein aussergewöhnliches Naherholungsgebiet und für eine Rückführung in natürliche Lebensräume, die seltenen Arten Lebensraum bieten kann, dar. Dieses Potential gilt es zu nutzen, denn Lebensräume am Wasser sind sehr vielfältig und haben einen hervorragenden Erholungswert. Sie sind aber auch sensibel und nicht mehr belebbar, sobald sie einmal verloren sind. Mit diesem Hintergrund wurde an einem trinationalen Seminar das Konzept der „Grande Camargue Rhénane“ als Erweiterung der „Petite Camargue Alsacienne“ entwickelt, welche von der Wieseebene in Riehen und Weil (Lange Erlen) bis zur Wiesemündung und dem Rhein entlang auf deutscher und französischer Seite bis ungefähr Istein bzw. Kembs reichen würde.

Im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) stehen die Entscheide über die nächste Phase von INTERREG-Projekten (INTERREG IV) an. Ein trinationales Freiraumprojekt wie die „Grande Camargue Rhénane“ stimmt mit den Zielen von INTERREG gut überein:

„Seit 1990 steht INTERREG für die Integration der Regionen im europäischen Raum. INTERREG fördert und finanziert grenzübergreifende Projekte, um über die Landesgrenzen hinweg eine ausgewogene Entwicklung der Regionen zu erreichen.“ (www.interreg.ch)

Basel als trinationale Agglomeration muss die Verständigung und den Austausch über die Grenzen hinweg fördern. Damit stärkt sie die Wettbewerbsfähigkeit und die Wirtschaftskraft der beteiligten Regionen, schafft Arbeitsplätze und leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Regionen. Ein gemeinsames Naturgebiet in Vernetzung mit bereits bestehenden Gebieten wie der „Langen Erlen“ zur Erholung und zum Schutz von attraktiven Tier- und Pflanzenpopulationen, ist in diesem Sinne für eine starke regionale Identität wünschenswert. Der Regierungsrat kann sich in den Gremien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, namentlich auch im Vorstand des TEB (Trinationaler Eurodistrict Basel), gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden im trinationalen Raum für die Naturpark-Idee „Grande Camargue Rhénane“ stark machen. Der Regierungsrat ist gebeten, für dieses trinationale Schutzgebiet ein Gesamtkonzept zu erstellen, das unter anderem folgende Überlegungen aufgreift:

- Altwässer wie dasjenige im Auenwald am Ochsenkopf bei Kirchen sollen renaturiert werden
- Ausgetrocknete Bachläufe wie derjenige des Mühlebachs bei Kirchen sollen wieder bewässert werden
- Auenwälder wie der Auenwald Erlen oder Ochsenkopf sollen unter Schutz gestellt werden
- Renaturierung von Uferbereichen, wie zum Beispiel bei der Kander oder beim Märkter Altrhein
- Schutz der seltenen und für Auengebiete typischen Vegetationsbestände und Böden
- Wo möglich, sollen die natürlichen Auengebiete teilweise für die Naherholung geöffnet werden.

Die Liste ist unvollständig und die Punkte sollen in einer übergeordneten Planung das Gesamtgebiet von der Wieseebene bis ungefähr nach Kembs/Istein vernetzen.

Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat deshalb auf, folgende Punkte zu prüfen und dazu zu berichten:

- Im TEB-Vorstand und in Kontakten mit den betroffenen Gemeinden soll durch die Mitwirkung des Regierungsrats der in seinen Umrissen skizzierte Naturpark „Grande Camargue Rhénane“ inhaltlich konkret ausgearbeitet werden als gemeinsames Projekt zur Identitätsstiftung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern der trinationalen Agglomeration Basel.
- In welcher Form der Kanton bereit ist, sich an der Finanzierung des Projekts zu beteiligen.
Mirjam Ballmer, Helmut Hersberger, Beat Jans, Michael Wüthrich, Jürg Stöcklin, Stephan Gassmann, Stephan Maurer, Daniel Stolz, Helen Schai-Zigerlig, Urs Müller-Walz, Christoph Wydler, Hermann Amstad, Peter Zinkernagel, Elisabeth Ackermann, Thomas Strahm, Eveline Rommerskirchen, Peter Malama, Loretta Müller

c) Anzug betreffend Ausbildungen im Pflegebereich auf FH Niveau

08.5157.01

Die FHNW (Fachhochschule Nordwestschweiz) bietet als Dachorganisation seit 2006 verschiedenen Fachrichtungen z.B. Gestaltung und Kunst, Bau und Geomatik Ausbildungen und Weiterbildungen an. Darin vertreten ist die ganze Nordwestschweiz. Der Bereich Gesundheit wird in der FHNW nicht abgedeckt. Dies führt dazu, dass Physiotherapeuten und Pflegenden, die eine Ausbildung auf Fachhochschul-Niveau besuchen möchten, in andere Kantone ausweichen müssen. Bei den Pflegenden ist dies z.B. Bern oder St.Gallen. Die Ausbildung für Physiotherapeuten FH ist in der BZG mittels einer Kooperation mit der Berner Fachhochschule Gesundheit seit Herbst 2007 möglich.

Basel-Stadt bietet zusammen mit Basel-Landschaft für die Pflegeausbildung an den drei Ausbildungsorten BZG Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt in Münchenstein, an der Pflegeschule Clara des St. Claraspitals und der Schule für Pflege des Bethesda-Spitals Ausbildungsmöglichkeiten an, aber nicht auf FH-Niveau, sondern auf HF-Niveau was zu einer unklaren Ausgangslage für die jungen Lernenden führt.

Pflegefachfrauen HF und Pflegefachfrauen FH unterscheiden sich vor allem darin, dass in der Zukunft nur die FH Abschlüsse zu Führungs- und Kaderpositionen führen können. Dahingegen müssen die HF-Ausgebildeten sich durch einen viel längeren Weg via Berufsmatur die Fähigkeiten aneignen um für Führungsaufgaben in Frage zu kommen. Dies bei praktisch gleicher Grundausbildung. Somit haben wir in der Deutschschweiz wieder eine Unterteilung in der Ausbildung zur Pflegefachfrau, die in Zukunft für reichlich Verwirrung sorgen kann. Welche Lohnstufe für HF/FH? Wie ist dann die Einstufung gegenüber einer DN II oder einer „alten“ AKP mit und ohne Zusatzausbildung usw.. Die Ausbildung auf FH-Niveau ist eine europakompatible, international als Hochschulabschluss anerkannte Ausbildung, die mit dem Bachelor of Science in Pflege abgeschlossen wird.

In der Westschweiz geht seit mehreren Jahren die Tendenz in eine andere Richtung: dort wird in der Ausbildung der Pflegenden immer der FH-Abschluss angestrebt und nur Studierende mit Maturität ausgebildet. Seit die Westschweiz dieses Modell konsequent durchsetzt, gibt es genügend Anmeldungen und es können nicht alle Studienwilligen aufgenommen werden. Davon sind wir in der Nordwestschweiz noch weit entfernt. Die Komplexität der Erkrankung betreuter Patientinnen nimmt ständig zu. In der Zukunft sind wir darauf angewiesen, bestmöglich ausgebildetes Pflegefachpersonal in unseren Spitälern, Pflegeheimen und Ambulanten Diensten auszubilden und einstellen zu können. Es ist erwiesen, dass fachlich hochstehend ausgebildetes Pflegefachpersonal durch

Prävention und richtigem Reagieren bei komplexen Situationen auch zu einer Kostenreduktion führen kann. Dies ist gerade im Hinblick auf die Einführung der Swiss-DRG (2012) und dem zu erwartendem Engpass an diplomiertem Pflegefachpersonal enorm wichtig. Der Erhalt der Spitzenmedizin geht auch einher mit dem Erhalt qualitativ hochstehend ausgebildeter Pflegenden und sollte durch eine Akademisierung im Pflegeberuf auf Niveau FH unterstützt werden.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten:

- Inwieweit die Einführung eines eigenen Bereiches Gesundheit in der FHNW sinnvoll und ab wann möglich ist.
- Ab wann eine Ausbildung als Pflegefachfrau/-mann FH im BZG Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt in Münchenstein, oder an der Pflegeschule Clara des St. Claraspitals und der Schule für Pflege des Bethesda-Spitals möglich ist.

Beatriz Greuter, Philippe Pierre Macherel, Maria Berger-Coenen, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Christine Locher-Hoch, Gabriele Stutz-Kilcher, Roland Lindner, Lorenz Nägelin, Tanja Soland, Oswald Inglin, Franziska Reinhard, Doris Gysin, Dominique König-Lüdin, Annemarie Pfeifer, Michael Martig, Brigitta Gerber, Daniel Stolz, Beatrice Alder Finzen, Brigitte Hollinger

d) Anzug zur Schaffung eines Konjunkturfonds

08.5158.01

Die Steuereinnahmen des Kantons sind sehr grossen Schwankungen unterworfen. Der Anteil der Einnahmen von juristischen Personen ist in den letzten Jahren stark angewachsen. Je nach Konjunktur, Branchenentwicklung und Geschäftsverlauf grosser Unternehmen, können die Kantonseinnahmen das Budget ohne Weiteres um CHF 100 Mio. über- oder unterschreiten.

Diese starke Volatilität der Staatseinnahmen erschwert den Budgetierungs- und Planungsprozess erheblich. Parlament und Regierung werden bei ihren Entscheiden über die Höhe von Ausgaben oder Steuern zu kurzfristigen Überreaktionen verleitet.

Wünschenswert ist aber eine möglichst stete und planbare Staatsrechnung. Diese müsste konjunkturbedingte Schwankungen auffangen können. Zu diesem Zweck könnte ein Konjunkturfonds eingerichtet werden. Dieser soll gespiesen werden, wenn die Staatseinnahmen das Budget um eine bestimmte Grössenordnung überschreiten und er soll angezapft werden, wenn die Staatseinnahmen tiefer ausfallen als budgetiert.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

- wie er sich ein Modell für einen Konjunkturfonds vorstellen könnte,
- welche Vor- und Nachteile er darin sieht,
- welche Änderungen im Finanzhaushaltsgesetz nötig wären, um einen Konjunkturfonds zu ermöglichen.

Beat Jans, Susanna Banderet-Richner, Lukas Engelberger, Martin Lüchinger, Annemarie von Bidder, Rolf Häring, Christoph Wydler, Christine Keller

e) Anzug betreffend genossenschaftlichen Wohnungsbau auf dem Reservoirareal Bruderholz

08.5159.01

Das alte IWB-Reservoir ist leer und wird zur Zeit zwischengenutzt. Das Areal eignet sich für Wohnungsbau. Der Kanton hat diesbezüglich städtebauliche Überlegungen angestellt. Auch die anliegenden Genossenschaften auf dem Jakobsberg, namentlich die WG 1943 Jakobsberg, hat eine Studie für ergänzenden genossenschaftlichen Wohnungsbau auf diesem Areal erstellen lassen. Das Siedlungsgebiet Jakobsberg, welches an das Gelände des alten Reservoirs anschliesst, ist geprägt durch die vielen ansässigen Wohngenossenschaften. Es handelt sich um ein familienfreundliches Wohnquartier und bietet qualitativ hochstehenden Wohnraum in Mischform für einfache und mittelständische Bewohner an. Es ist erstrebenswert, solch attraktiven Wohnraum innerhalb des Kantons zu erhalten und zu erweitern. Das Areal des alten IWB-Reservoirs wäre ideal dafür. Gemäss der Studie, welche dem Regierungsrat vorliegt, sind als Wohnformen moderne Alterswohnungen, Wohnraum für Familien, wie auch für Paare und Einzelpersonen denkbar. Nutzung für stilles Gewerbe und eine Einbindung der alten Filteranlagen als öffentlicher Raum sind nicht ausgeschlossen. Das Quartier, wie auch der Kanton erföhre durch eine solche Nutzung eine Aufwertung. Erschwinglicher, wertvoller Wohn- und Lebensraum, auf genossenschaftlicher Basis, könnte damit auf Stadtboden geschaffen werden.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob die zonenrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden können, um auf dem alten IWB Reservoir Wohnungsbau auf genossenschaftlicher Basis zu realisieren,
- ob das Areal den benachbarten Genossenschaften im Baurecht abgegeben werden könnte.

Jörg Vitelli, Jan Goepfert, Philippe Pierre Macherel, Roland Engeler-Ohnemus, Mehmet Turan, Beatriz Greuter, Ruth Widmer, Gisela Traub, Dominique König-Lüdin, Sibylle Benz Hübner, Hans Baumgartner, Thomas Baerlocher, Beat Jans, Martin Lüchinger, Tobit Schäfer, Greta Schindler, Ursula Metzger Junco P., Brigitte Hollinger, Jürg Meyer, Guido Vogel, Brigitte Strondl, Andrea Bollinger, Michael Martig, Christine Keller, Urs Müller-Walz, Rolf Häring, Jürg Stöcklin, Brigitta Gerber

f) Anzug betreffend Qualitätssicherung bei der spitalexternen Kranken- und Gesundheitspflege (Spitex)

08.5165.01

Die Rekrutierungsmöglichkeiten von qualifizierten Pflegefachleuten sind zur Zeit dramatisch, da der Arbeitsmarkt in diesem Bereich total ausgetrocknet ist. Dieser Mangel hat zu Engpässen bei der Betreuung von neuen Kundinnen und Kunden geführt und wird sich sicher noch akzentuieren durch den früheren Austritt der Patientinnen und Patienten aus den Akutspitälern. Dadurch besteht die Gefahr, dass für anspruchsvolle pflegerische Tätigkeiten Personal eingesetzt wird, dem die nötige Qualifikation für anspruchsvolle Pflege fehlt. Ein weiterer Punkt ist die Vernachlässigung der für diesen Beruf nötigen Aus-, Fort- und Weiterbildung. So bietet der SBK, als Vertragspartner der santésuisse, zur Sicherung der freiberuflich tätigen Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner obligatorische "Qualitätstage" zu aktuellen fachspezifischen Themen an. Dieses Angebot wird jedoch nur von einem Teil des freiberuflich tätigen Pflegefachpersonals besucht.

Im Spitexgesetz werden die zu erfüllenden Kriterien für die Bewilligung zur Führung eines Spitexdienstes aufgeführt, unter anderem die Gewährleistung der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Personals. Ebenfalls ist die Aufsicht über die Anbieter geregelt. Dieses Aufsichtsrecht wurde im März 2008 mit einer Verordnung präzisiert. Jedoch fehlt nach wie vor eine regelmässige Kontrolle der im Spitexbereich tätigen Institutionen sowie des freiberuflich tätigen Pflegefachpersonals.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob es in diesem Bereich nicht unumgänglich ist, mit regelmässigen Kontrollen die Qualität zu sichern.

Im Vordergrund stehen dabei:

- die regelmässige Kontrolle aller Spitex-Organisationen im Abstand von 2 bis 3 Jahren
- das Einfordern einer Teilnahmebestätigung an den vom SBK jährlich durchgeführten obligatorischen Qualitätstagen für freiberuflich tätige Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner
- die regelmässige Kontrolle aller freiberuflich tätigen Pflegefachpersonen im Abstand von 5 Jahren.

Greta Schindler, Michael Martig, Felix W. Eymann, Christine Locher-Hoch, Gabriele Stutz-Kilcher, Heiner Vischer, Annemarie Pfister, Annemarie Pfeifer, Philippe Pierre Macherel, Stephan Maurer

g) Anzug betreffend Internationale Maturität an den Basler Gymnasien

08.5160.01

Beschränkter internationaler Studienzugang mit der schweizerischen Maturität

Die schweizerisch anerkannte Maturität nach MAR (Maturitäts-Anerkennungsreglement), die an den Basler Gymnasien abgelegt wird, ermöglicht unseren Maturandinnen und Maturanden den prüfungsfreien Zugang zu fast allen Studienrichtungen an den schweizerischen Hochschulen. Schwierigkeiten ergeben sich allerdings bei der Immatrikulation an ausländischen Universitäten. Einfacher haben es die Inhaberinnen und Inhaber eines sog. „International Baccalaureate" (IB), das inzwischen von vielen Privatschulen in der Schweiz, aber auch von zwei staatlichen Zürcher Gymnasien angeboten wird (Literatur- und Realgymnasium der Kantonsschule Rämibühl). Das IB hat sich zu so etwas wie den internationalen Standard der Hochschulreife entwickelt.

Das International Baccalaureate (IB)

Der IB-Diplomlehrgang ist ein zweijähriges Programm für die Oberstufe von Mittelschulen. Die Philosophie des IB deckt sich weitgehend mit jener der schweizerischen Maturität. Die Lehrpläne und die Dotationen der sechs IB-Diplomfächer können insbesondere in Gymnasien mit Immersionsunterricht (Unterricht in gewissen Sachfächern auf Englisch anstatt auf Deutsch) relativ einfach so modifiziert werden, dass die Bedingungen für beide Abschlüsse

erfüllt sind. So entspricht etwa sog. „Extended Essay“ des IB in etwa der Schweizer Maturaarbeit.

Das IB im Raum Basel

Die private International School Basel in Reinach (ISB) bietet diesen Abschluss an. Viele Mitglieder der „international Community“ unserer Stadt, vor allem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Basler Pharmazie, schicken ihre Kinder an die ISB, weil sie die Nachteile einer Schweizer Matur kennen, obwohl sie eigentlich ihren Töchtern und Söhnen gerne die umfassendere Bildung eines Basler Gymnasiums zuteil werden lassen wollten. Auf diese Weise gehen unseren Gymnasien jedes Jahr viele interessante Schülerinnen und Schüler verloren.

Chance der Umstrukturierung nutzen

In nächster Zeit stehen in der Basler Schullandschaft umfassende Umstrukturierungen an. Mit oder ohne Bildungsraum Nordwestschweiz, aber aufgrund des Beitritts von Basel-Stadt zum HarmoS-Konkordat mit sechsjähriger Primarschule, wird das Gymnasium restrukturiert. Entsprechende Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit bereits aufgenommen. Es bietet sich nun die Gelegenheit, im neuen Gymnasium Strukturen zu schaffen, die die Integration des IB als optionalen zweiten Abschluss neben der Maturität vereinfachen. Wie dies möglich ist, sieht man am Beispiel des Realgymnasiums in Zürich (www.rgzh.ch/neurgzh/content/IBinfo.pdf).

Ich möchte deshalb die Regierung bitten, zu prüfen und zu berichten,

- inwiefern die Strukturen des neuen Gymnasiums, zumindest teilweise oder standortspezifisch, so angelegt werden können, dass der Einbezug eines optionalen IB-Ausbildungsganges parallel zum und zusammen mit dem MAR-Zug ermöglicht oder vereinfacht wird
- inwiefern der Kanton Basel-Stadt bei einem allfälligen Abschluss eines Staatsvertrages über einen Bildungsraum Nordwestschweiz den Einbezug des IB als strukturelles Merkmal der Gymnasien in den vier Kantonen in die Diskussion in den Arbeitsgruppen einbringen kann und will.

Oswald Inglin, Rolf Häring, Doris Gysin, Sibylle Benz Hübner, Thomas Grossenbacher, Urs Joerg, Maria Berger-Coenen, Peter Malama, Patricia von Falkenstein, Daniel Stolz, Christine Wirz-von Planta, Roland Engeler-Ohnemus, Gisela Traub, Martin Lühinger, Christoph Wydler, Stephan Gassmann, Michael Wüthrich, Annemarie von Bidder, Gabriele Stutz-Kilcher, Markus G. Ritter, Stephan Maurer, Helen Schai-Zigerlig, Marcel Rünzi, Elisabeth Ackermann, Lukas Engelberger, Beatriz Greuter, Heiner Vischer

h) Anzug betreffend Abfallbewirtschaftung im Stadion nach der Euro 08

08.5161.01

Für die kommende Euro 08 hat sich nun der Regierungsrat gegen Mehrweg entschieden; dies trotz erster anderer Beschlüsse. Dieser Entscheid ist sehr zu bedauern und kann auf Grund der klaren Faktenlage nur vor dem Hintergrund des grossen Druckes der Uefa und Basel United erklärt werden. Bekanntlich kommt in allen anderen Euro-Stadien Mehrweg zur Anwendung.

Der Bericht einer vergleichenden Ökobilanzierung unterschiedlicher Bechersysteme (Projektteam aus dem Österreichischen Ökologie-Institut, dem Deutschen Öko-Institut e.V. und der Schweizer Firma Carbotech AG sowie einer holländischen Universität), welcher von den Umweltministerien Österreichs, der Schweiz und Deutschlands mit Unterstützung verschiedener Host Cities in Auftrag gegeben wurde, hat ein klares Ergebnis ergeben: Mehrweg ist ökologischer. Auch unter dem Gesichtspunkt des kurzen „Lebenslaufes“.

Der Regierungsrat erklärte zudem in einer Medienmitteilung vom 28. Februar, dass während der Euro 08 seitens des Kantons Basel-Stadt bezüglich Image und Sauberkeit indessen übergeordnete Interessen bestehen würden, welche diesen verhältnismässig geringen Mehraufwand legitimierten. Diese übergeordneten Interessen sollten aus der Sicht der Unterzeichnenden auch nach der Euro 08 zum Tragen kommen.

Der Regierungsrat geht auf Grund der Experten davon aus, dass nun die Machbarkeit des Mehrwegsystems im Stadion St. Jakob-Park objektiv belegt ist. Aufgrund des fragwürdigen Abfallkonzeptes von Basel United und der unhaltbaren Verhältnisse im Stadion, müssen die Parlamentsbeschlüsse in Sachen Mehrweg auch nach der Euro 08 ernst genommen werden. Für die Regierungen der beiden Basel gibt es ausreichende rechtliche Grundlagen um die Betreiber zum Mehrwegsystem zu bewegen. Gemäss §50 Umweltschutzgesetz BS ist der Kanton verpflichtet, bei seinen Tätigkeiten unnötige Abfälle zu vermeiden. Diese Verpflichtung gilt auch, wenn der Staat privaten Unternehmen und Institutionen Aufträge erteilt.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob sie bereit ist, angesichts der klaren Entscheidgrundlagen Basel United generell zu verpflichten, im Stadion Mehrweg einzuführen?

Peter Howald, Thomas Baerlocher, Beat Jans, Philippe Pierre Macherel, Christine Keller, Loretta Müller, Urs Müller-Walz, Jürg Stöcklin, Jan Goepfert, Stephan Maurer, Heinrich Ueberwasser, Jörg Vitelli, Michael Wüthrich, Brigitte Hollinger

i) Anzug betreffend gleichzeitiger Beginn und gleichzeitiges Ende der Legislaturen des Landrats und des Grossen Rats

08.5162.01

Eine der wichtigsten Aufgaben von Landrat und Grosser Rat ist die Oberaufsicht über Regierung und Verwaltung. Nebst der traditionellen Oberaufsicht, welche Landrat und Grosser Rat durch ihre Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen wahrnehmen, sind in den letzten Jahren viele neue interkantonale, ja sogar noch weiterreichende Aufsichtsaufgaben dazu gekommen. Nachfolgend eine Aufstellung verschiedenster Bereiche, welche durch die Oberaufsichtskommissionen BL und BS gemeinsam überprüft werden müssen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- Universität Basel
- Universitäts-Kinderspital
- TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen
- Lufthygieneamt
- Forstamt
- Motorfahrzeugprüfstation
- Rheinhäfen
- Ethikkommission
- Opferberatungsstelle

Die Zusammenarbeit zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt ist in weit über 100 Gesetzen geregelt.

Die Zusammenlegung weiterer Bereiche ist in Diskussion. Aktuelle Beispiele sind die Datenschutzstelle, die Kantonalen Labors, die Akutgeriatrie. Unabhängig davon, wie in diesen Bereichen letztlich entschieden wird, ist davon auszugehen, dass der Zusammenarbeit von Landrat und Grosse Rat immer grössere Bedeutung zukommt.

Die Erfahrungen zeigen, dass durch die unterschiedlichen Legislaturperioden der beiden Parlamente bei der Oberaufsicht immer wieder längere, unnötige Unterbrechungen entstehen. Am 1. Juli 2007 begann der Landrat seine neue Legislatur. Dies führte dazu, dass 2007 kaum vertiefte interkantonale Überprüfungen stattfanden. Es ist verständlich, dass der Landrat am Ende der Legislatur keine neuen Aufgaben angehen wollte. Ebenso verständlich ist, dass sich der neue Landrat nach den Sommerferien erst neu konstituieren musste. Gleiches zeichnet sich nun beim Grosse Rat ab. Nach den Sommerferien 2008 werden wohl kaum mehr neue Vorhaben angegangen. Ab Februar 2009 braucht auch der neue Grosse Rat wieder bis Sommer 2009 Zeit, um voll handlungsfähig zu sein.

In Gesprächen berichten auch RegierungsrätInnen von ähnlichen Erfahrungen. Bei den Regierungen hätte allerdings ein Wechsel an der Spitze eines Departements denselben Effekt, auch wenn die Legislaturperioden angeglichen wären.

Im Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Regierung und Parlament müssen wir bestrebt sein, allen Beteiligten möglichst optimale Bedingungen zu schaffen. Eine Oberaufsicht, die ihre Aufgaben im Rahmen eines Milizsystems ausübt, muss deshalb mit möglichst wenig strukturellen Hindernissen funktionieren können.

Die Anzugsteller bitten die Regierung, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Legislaturperioden von Basel-Landschaft und Basel-Stadt, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Gemeinden in beiden Kantonen, aufeinander abgestimmt werden können.

Urs Müller-Walz, Urs Joerg, Ernst Mutschler, Marcel Rünzi, Jan Goepfert, Rolf Jucker, Brigitte Hollinger, Dominique König-Lüdin, Martin Hug

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 44 betreffend fairen Handel ohne Ausbeutung im staatlichen Beschaffungswesen des Kantons Basel-Stadt und der Gemeinden Riehen und Bettingen

08.5171.01

Das Schweizerische Arbeiterinnen- und Arbeiterhilfswerk (SAH) führt eine Kampagne gegen "Ausbeutung mit unseren Steuergeldern". Es ruft gleichzeitig die Bevölkerung zu flankierenden Petitionen an Bund, Kantone und Gemeinden im Sinne eines fairen öffentlichen Beschaffungswesens auf. Als Rechtsgrundlage verweist es auf die acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Diese verbieten Zwangs- und Kinderarbeit, fordern die Wahrung gewerkschaftlicher Rechte, schreiben die Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen vor und verbieten Diskriminierungen. Im gleichen Sinne schreibt auch die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen in Artikel 11 vor, dass im Submissionswesen die Arbeitsschutzbestimmungen und die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beachtet werden. Das SAH verweist als Orientierungshilfe auf einige heute bereits bestehende Zertifizierungen, unter anderem SA 8000.

In seiner Zeitschrift "Solidarität" vom Mai 2008 nennt das SAH unter anderem folgende unfair hergestellte Produkte, die in schweizerischen staatlichen Diensten zum Einsatz kommen:

- Arbeitskleidungen in Spitälern, Polizei, Verkehrsmitteln, Reinigungsdiensten, die in China ohne jeden sozialen Schutz unter Hungerlöhnen bei überlangen Arbeitszeiten hergestellt werden,
- Bälle, verwendet unter anderem in Schulen, aus Pakistan und Indien, hergestellt in wucherischer Akkordarbeit. Dabei sind beispielsweise bei Claro-Weltläden oder Helvetas gute und fair hergestellte Bälle, zertifiziert durch die Fairtrade Labelling Organizations International (FLO) erhältlich.
- Unter besonders schlimmen Bedingungen werden in China, unter anderem in der Sonderwirtschaftszone Pearl River Delta, Computerbestandteile hergestellt.
- Schlimme Verhältnisse herrschen im weiteren auch in zahlreichen Produktionsstätten von Diamanten, Schmuck, Spielzeugen und so weiter.

Mit den zerstörerischen Arbeitsbedingungen werden nicht nur die betroffenen Arbeitnehmenden in Hunger, Krankheit, Invalidität und vorzeitigem Tod getrieben, sondern auch die Bildungs- und Berufschancen der Kinder vernichtet. Die zerstörerischen Arbeitsbedingungen fliessen auch in die internationalen Konkurrenzverhältnisse ein und bedrohen so weltweit, auch in der Schweiz, jeden sozialen und ökologischen Standard. Vor allem geraten heute die Tieflohnländer in einen mörderischen Konkurrenzkampf um die billigsten Produktionsverhältnisse. Dies ist eine wichtige Quelle von Unruhen bis zu blutigen kriegerischen Auseinandersetzungen.

Im Sinne dieser Ausführungen stelle ich folgende Fragen:

1. In welchem Umfange wird heute im Beschaffungswesen des Kantons Basel-Stadt die Qualität der Lohn- und Arbeitsbedingungen der eingekauften Produkte berücksichtigt? Wie kann dieses Anliegen zu einer Politik der Respektierung von Gerechtigkeit im Handel ausgeweitet werden?
2. Wie weit orientiert sich der Kanton Basel-Stadt bei seinen Beschaffungen an den bestehenden sozialen und ökologischen Labels?
3. Drängt sich zu den Anliegen des gerechten Handels im öffentlichen Beschaffungswesen nicht ein Dialog auf zwischen den zuständigen Behörden des Kantons Basel-Stadt und den Promotoren des fairen Handels wie Erklärung von Bern, Clean Clothes Campaign, Helvetas, SAH, Mission 21, Max Havelaar-Stiftung, Claro, Gebana und so weiter?
4. Welche Möglichkeiten gibt es, den in Tieflohnländern investierenden Konzernen aus der Basler Region die Sorge um die sozialen und ökologischen Standards nahezu legen?
5. Welche Möglichkeiten gibt es, im Rahmen der bestehenden Partnerschaftsverhältnisse, unter anderem mit Shanghai, auf gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken?

Jürg Meyer

b) Interpellation Nr. 45 betreffend Spot gegen Frauenhandel an der Euro 08

08.5173.01

Im Hinblick auf die Fussballeuropameisterschaft haben 25 Schweizer Organisationen, darunter Hilfswerke und Menschenrechtsorganisationen, eine Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung für das auch in der Schweiz hochaktuelle Thema "Frauenhandel" gestartet. Kernstück dieser Kampagne ist ein Spot, der die "Versteigerung" einer verängstigten Frau zeigt. Der Spot setzt spektakuläre visuelle Mittel nur sparsam ein und deutet Gewalt eher an, als dass er sie etwa genüsslich zelebrieren würde.

In den Host Cities Bern und Zürich wird der Spot vor den Spielen auf den Grossleinwänden der Fanzonen gezeigt, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Das ist auch der Grund für den gewählten Zeitpunkt der Kampagne gegen Frauenhandel.

In der Host City Basel soll nun dieser Spot in den Fanzonen erst nach 23 Uhr gezeigt werden, nach Beendigung des jeweiligen Spiels - zu einem Zeitpunkt also, wo kein Mensch mehr auf die Grossleinwand schaut, wo die meisten Besucher vermutlich die Fanzonen bereits verlassen haben, um woanders weiter zu feiern. (Noch übler handelt die Host City Genf, die den Spot in den Public Viewing-Zonen gleich gar nicht ausstrahlt.)

Diese Regelung kommt einer Zensur gleich. Die Begründung, der Spot könne Familien mit Kindern nicht zugemutet werden, ist nicht stichhaltig, da keine exzessive Gewalt gezeigt wird (Kinder und Jugendliche sind am TV, in Filmen und im Internet inzwischen mit sehr viel exzessiveren Gewaltdarstellungen konfrontiert, ohne dass dies jedes Mal zur Besorgnis Anlass gibt - ausserdem wird der Spot am Fernsehen DRS und in den Fussballstadien gezeigt, wo auch Kinder unter den Zuschauern sind). Es scheint eher so, als wollten die Verantwortlichen in Basel die Feststimmung nicht mit dem Hinweis auf auch die Schweiz betreffende Menschenrechtsverletzungen trüben. Offenbar befürchtet man an höherer Stelle, ein Nachdenken über einen traurigen Sachverhalt würde womöglich dem Image der Fest-Stadt Basel abträglich sein. Es drängt sich der Verdacht auf, das Argument des Kinderschutzes werde vorgeschoben, um die Festlaune - und damit natürlich die Konsumlaune - nicht zu beeinträchtigen.

In diesem Zusammenhang stelle ich der Regierung folgende Fragen:

- Teilt die Regierung die Ansicht der "Kampagne Euro 08 gegen Frauenhandel", dass Frauenhandel auch in der Schweiz und auch in Basel ein gravierendes Problem darstellt und darum alles unternommen werden muss, damit möglichst weite Teile der Bevölkerung (insbesondere auch die Freier von durch Frauenhandel ins Land gekommenen Prostituierten) auf diese Menschenrechtsverletzungen aufmerksam gemacht werden können?
- Teilt die Regierung die Ansicht von Christoph Bosshard, Projektleiter Euro 08, dass ein Spot, der am Fernsehen, in den UEFA-Stadien und in den UBS-Arenen gezeigt wird, für Familien mit Kindern in den Public-Viewing-Zonen zu brutal ist, um ihn vor 23 Uhr zu zeigen?
- Ist die Regierung bereit, auf die Verantwortlichen dahingehend Einfluss zu nehmen, dass, wie in Bern und Zürich, der wichtige Informations- und Präventionsspot zum Frauenhandel in den Fanzonen nicht erst zu einem Zeitpunkt gezeigt wird, wenn sich die Reihen lichten und ohnehin niemand mehr auf die Leinwand schaut?

Andrea Bollinger

c) Interpellation Nr. 46 betreffend neutrale Berichterstattung in Medienmitteilungen

08.5174.01

In den Medien fällt in Zusammenhang mit Strafdelikten und der Beschreibung der Tatverdächtigen, insbesondere in Zusammenhang mit Jugendgewalt, häufig der Ausdruck „Schweizer mit Migrationshintergrund“.

Auch die Staatsanwaltschaft beschreibt in der Medienmitteilung vom 23. April 2008 betreffend der Schlägerei an der WBS Bäumlihof die mutmasslichen Täter als zwei Schweizer mit Migrationshintergrund.

In der Medienmitteilung vom 29. April 2008 wird das Opfer der Messerstecherei vom 28. April 2008 als Schweizer türkischer Herkunft betitelt.

Ich bitte die Regierung folgende Fragen zu beantworten:

1. Weshalb verwendet die Verwaltung derartige Formulierungen? Was wird damit bezweckt?
2. Verstösst der Hinweis auf die nicht ursprünglich Schweizerische Nationalität eines mutmasslichen Täters oder Opfers nicht dem Diskriminierungsverbot? Wie stellt sich die Regierung zu dieser Problematik?
3. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um eine vorurteilsfreie und neutrale Berichterstattung auch im Rahmen von Medienmitteilungen zu gewährleisten?

Ursula Metzger Junco P.

d) Interpellation Nr. 47 betreffend Situation Villa Rosenau

08.5177.01

Die Villa Rosenau ist das letzte Reich für alternative Lebenskultur. Die „Rosenau“ war früher eine Siedlung mit Sozialwohnungen, die inzwischen dem Industriegebiet weichen mussten. Die Villa ist das letzte Haus dieser Siedlung. Die Villa Rosenau bietet Wohnraum für zehn bis zwölf Menschen, Raum für vielfältige Aktivitäten und Projekte. So gibt es neben einem Kino auch einen Konzertraum mit Bar, ein grosses Sitzungs- und Veranstaltungszimmer, eine Werkstatt, eine Bibliothek, eine Sauna, ein Gästezimmer mit Küche, öffentlich zugängliches „gratis“ Internet und vieles mehr. Die Villa Rosenau ist das letzte kleine Gebiet, wo Alternativkultur wirklich möglich ist.

Die Liegenschaft wird vom Tiefbauamt Basel-Stadt verwaltet und hat bis heute die Besetzung der BewohnerInnen toleriert. Allerdings verändert sich die Situation, weil dieses Gebiet zur Grünzone werden soll.

Unter diesem Aspekt bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sieht die Umsetzung der Grünfläche konkret aus und welchen Nutzen hat die Bevölkerung?
2. Besteht die Möglichkeit, die Villa Rosenau in die Grünfläche zu integrieren?
3. Das Tiefbauamt hat den Räumungstermin auf Ende Juni 2008 gesetzt. Ist eine Verlängerung der Frist möglich? Wann beginnen die Bauarbeiten? Wie lange können die BenutzerInnen bleiben?
4. Die Villa Rosenau ist der letzte Ort, wo alternative Lebenskultur stattfindet. Gibt es eine Möglichkeit, das Projekt Villa Rosenau zu retten?

Ruth Widmer

e) Interpellation Nr. 48 betreffend Ausnahmegewilligungen für Nachtflüge am Euroairport

08.5178.01

Wie kürzlich zu lesen war, hat der Präfekt des Departement Haut-Rhin der Bewilligung für Starts von Flugzeugen in den Nächten nach den EM-Spielen in Basel zugestimmt. Diese wurden zeitlich und in der Anzahl limitiert.

Dies wirft Fragen auf in Bezug auf die Gleichbehandlung der verschiedenen Gebietskörperschaften rund um den Flughafen, denen ebenfalls ein entsprechendes Genehmigungsrecht für störende Flüge zustehen müsste. Ich bitte deshalb den Regierungsrat um Antwort auf folgende Fragen:

1. Wer ist grundsätzlich für Ausnahmegewilligungen am Euroairport zuständig?
2. Lag im Falle der EM eine rechtlich spezielle Situation vor?
3. Musste auch der Kanton Basel-Stadt sein Placet erteilen bzw. falls nein ist eine andere Schweizer Stelle dafür zuständig?
4. Hat die Schweizer Seite ebenfalls Bedingungen gestellt?
5. Hat der Regierungsrat analog zum Genehmigungsrecht des Departements den regelmässig stattfindenden nächtlichen Überflügen über das Westplateau zugestimmt?

Christoph Wydler

f) Interpellation Nr. 49 betreffend Umsetzung des obligatorischen Sportunterrichts an den Berufsfachschulen

08.5179.01

Am 17. März 1972 stimmte das Schweizer Volk dem Obligatorium für den Sport an den Berufsfachschulen zu. 2002 wurde der Sportunterricht im Berufsbildungsgesetz in Artikel 15.5 geregelt. Am 28. Mai 2005 hat der Bundesrat in seiner Antwort auf das Postulat A. Kuprecht nochmals ausführlich begründet, weshalb er am Sportobligatorium für Lernende an Berufsfachschulen weiterhin festhält.

Aus einer Umfrage des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) aus dem Jahre 2002 geht hervor, dass einige Kantone diesen obligatorischen Sportunterricht an den Berufsfachschulen noch gar nicht oder erst teilweise umgesetzt haben.

Zu den Kantonen, die das Sportobligatorium an den Berufsfachschulen erst teilweise umsetzen, gehört gemäss einer 2006 gemachten Umfrage auch der Kanton Basel-Stadt (siehe: www.berufsschulsport.ch).

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Lernende (Frauen und Männer) an Basler Berufsfachschulen (AGS, SfG, BFS, KV, bfg) kommen im laufenden Semester nicht in den Genuss des ihnen von Gesetzes wegen zustehenden Sportunterrichts? Wie sehen die Prognosen für das nächste Schuljahr an den einzelnen Berufsfachschulen aus?
2. Weshalb ist der Kanton Basel-Stadt 36 Jahre nach Einführung des Sportobligatoriums an den Berufsfachschulen noch immer nicht in der Lage, diesen obligatorischen Unterricht anzubieten?
3. Wie und bis wann gedenkt der Kanton Basel-Stadt das Bundesobligatorium für den Sportunterricht an den Berufsfachschulen vollständig umzusetzen?
4. Ist es kurzfristig möglich, Turnhallen, die andere Schulen in Folge rückläufiger Schülerzahlen nicht mehr gebrauchen, den Berufsfachschulen für den Sportunterricht zur Verfügung zu stellen?
5. Sind konkrete Turnhallenprojekte für die Basler Berufsfachschulen in Planung?

Maria Berger-Coenen

g) Interpellation Nr. 50 betreffend eingeschränkten Spitex-Leistungen während der Euro 08

08.5180.01

Mir wurde zugetragen, dass die Spitex davon ausgeht, dass sie ihre Leistungen in gewissen Gebieten an gewissen Tagen nur beschränkt erbringen werden könne. Da ich dies für falsch halten würde und es auch gar nicht glauben kann, bitte ich die Regierung um die Beantwortung einer einzigen Frage:

Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass unbedingt Möglichkeiten gefunden werden müssen - und mit ihrer Hilfe auch können - um der Spitex jederzeit den ungehinderten Zugang zu ihrer Kundschaft zu ermöglichen?

Beatrice Alder Finzen